

SPD-Senator unterstützt die Forderung nach wirksamem Zivilschutz

Die Einrichtung von zusätzlichen Krankenhäusern und die Sicherstellung der ärztlichen Versorgung der Bevölkerung und der Schutzbau sind von immenser Bedeutung auf dem Sektor Zivilschutz.

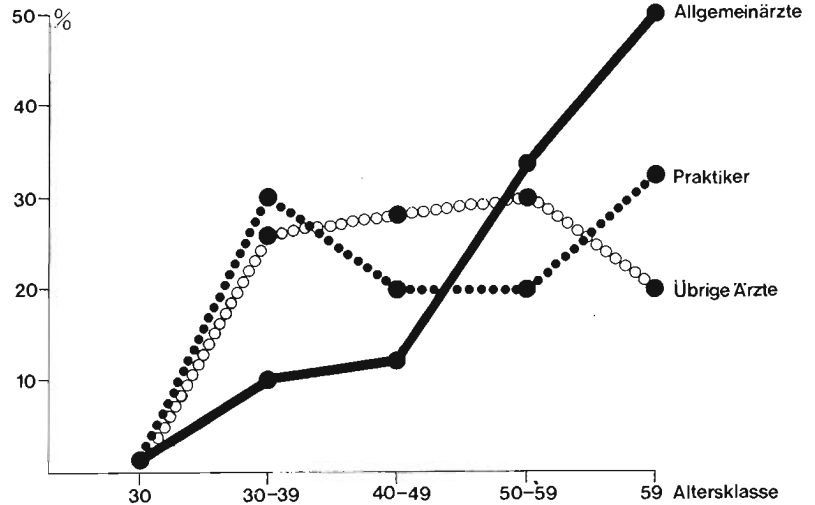
Diese Feststellung stammt nicht etwa von einem Vertreter des Bundesamtes für Zivilschutz oder der Bundesärztekammer, sondern von dem Bremer Senator für Inneres, Helmut Fröhlich. Der SPD-Politiker der kürzlich in Hannover vor Soldaten des Instandsetzungsbaillonns 1 über Fragen der Zivilverteidigung sprach, forderte auch ein angemessenes Verhältnis der Aufwendungen für die militärische und die zivile Verteidigung. Hier besteht gegenwärtig ein Mißverhältnis von 1:50 zuungunsten der Zivilverteidigung. Die Bundesregierung ist in Übereinstimmung mit der NATO der Auffassung, daß dieses Verhältnis 1:20 betragen sollte.

Die tatsächlichen Zahlen belegen aber, daß die Bundesregierung dem Zivilschutz in der Vergangenheit nicht die Priorität eingeräumt hat, die ihm zusteht. Hier muß also eine entscheidende Wende eintreten, sonst wird – wie Fröhlich formulierte – „unsere militärische Abschreckung unglaubwürdig.“

Ein großes „Sorgenkind“ des Zivilschutzes ist der Schutzraumbau. Nur 3 von 100 Bürgern finden im Ernstfall einen Schutzraumplatz. In Kenntnis dieses Sachverhalts plädiert Fröhlich für „ausreichende Vorkehrungen“, um die Überlebenschancen der Bürger unseres Landes im Konfliktfall „beträchtlich“ zu erhöhen.

Eine verantwortungsvolle und auf das Gemeinwohl bedachte Politik dürfe diese Vorkehrungen nicht außer acht lassen.

Altersstruktur der Ärzte (Zugelassene Ärzte nach § 24 ZOÄ)



Ein Vergleich der Altersstrukturen der Ärzte zeigt: 40 Prozent der Allgemeinärzte/Praktiker sind älter als 59 Jahre; älter als 50 Jahre sind insgesamt 66 Prozent. Demgegenüber entfallen bei den übrigen Ärzten nur 19 Prozent beziehungsweise 47 Prozent auf die jeweiligen Altersgruppen. Naturgemäß bewirkte die spürbar ungünstigere Altersstruktur im Bereich „Allgemeinmedizin“ eine höhere Ausscheidensquote und läßt einen altersbedingten Schrumpfungsfaktor als einen wesentlichen Grund für die Stagnationstendenz bei Allgemeinärzten/Praktikern erkennbar werden. Die Altersstrukturen der beiden Arztgruppen werden auch in den kommenden Jahren keineswegs eine wünschenswerte Nivellierung der Wachstumsdifferenzen bewirken, sondern eher noch zu einer Verschärfung des Mißverhältnisses zwischen beiden Sektoren beitragen, da im Bereich „Allgemeinmedizin“ eine wesentlich höhere Ausscheidensquote als bei den Fachärzten zu erwarten ist. ZI

Der für den Zivilschutz in Bremen zuständige Senator rügte, daß die Helferausbildung und der Schutzraumbau vernachlässigt oder aber aus finanziellen Gründen eingeschränkt werde. Hier hat er wohl auch an den Beschluß des Bundeskabinetts vom Herbst 1975 gedacht, mit dem die Schutzraumbauförderung eingestellt worden ist.

Wenn notwendige Investitionen ausbleiben, habe das – so Fröhlich – auch zur Folge, daß „die Moral der Helfer und auch der Truppe und der Bevölkerung sinkt“. In diesem Zusammenhang wies der Bremer Innensenator auf die enormen Anstrengungen auf dem Sektor der Zivilverteidigung in der Sowjetunion hin, dort werde die Zivilverteidigung militärisch geführt. An der Spitze stehe ein Armeegeneral, dem nahezu 100 Generäle als örtliche Leiter unterstehen.

Nach den Worten des Senators sei darüber hinaus seit 1972 eine forcierte Weiterentwicklung der Zivilverteidigung im Warschauer Pakt zu beobachten.

Vor dem Hintergrund des sowjetischen Einmarsches in Afghanistan seien die Betrachtungen unserer Gesamtverteidigung schlagartig in den Mittelpunkt des politischen Geschehens gerückt. Nun werden sich die Politiker offenbar ihrer Verantwortung bewußt, und die Bundesärztekammer gilt nicht mehr als einsamer „Rufer in der Wüste“, denn sie hat sich aus humanitären Gründen seit über einem Jahrzehnt für eine gesetzliche Regelung zur Sicherstellung der ärztlichen Versorgung der Bevölkerung bei Katastrophen und im Verteidigungsfall bemüht und als Präventionsmaßnahme auch den weiteren Ausbau von Schutzräumen gefordert. Wolfgang Koch